



## Hanseatisches Oberlandesgericht Gerichtspressestelle

8. März 2006

### **PUA „Feuerbergstraße“: Antrag auf „Beugehaft“ Dr. Roger Kusch erhält rechtliches Gehör**

Das Amtsgericht Hamburg hat Dr. Roger Kusch mit Schreiben vom 7.03.2006 mitgeteilt, dass der Parlamentarische Untersuchungsausschuss „Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße“ der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch dessen Stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Kai Voet van Vormizeele, beim Amtsgericht Hamburg beantragt hat, gegen ihn Haft zur Erzwingung einer Aussage für längstens sechs Monate, jedoch nicht über die Dauer des Untersuchungsverfahrens des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße“ hinaus, festzusetzen. Ferner hat das Amtsgericht mitgeteilt, nach dem weiteren Inhalt des Antrags solle er, Roger Kusch, als Zeuge in der Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 10.02.2006 auf die folgenden Fragen eine Antwort verweigert haben:

“Hatten Sie Kenntnis davon, dass der damalige Innensenator Ronald B. Schill die Sozialsenatorin darauf hingewiesen hat, dass im Bereich der Feuerbergstraße in punkto Sicherheit Handlungsbedarf ist? Haben Sie Kenntnis davon, dass es dort Mahnungen, Aufforderungen oder dergleichen gegeben hat?“

Abschließend hat das Amtsgericht Hamburg Dr. Roger Kusch Gelegenheit zur Stellungnahme binnen einer Frist von zwei Wochen eingeräumt.

#### ***Rückfragen:***

*Sabine Annette Westphalen*

*Tel.: 040/42843-2017/Fax: 040/42843-4183*

*eMail: [Pressestelle@olg.justiz.hamburg.de](mailto:Pressestelle@olg.justiz.hamburg.de)*